

FRAGEN	SPÖ Tirol	Kommentar FFF
<p>1. Enkeltaugliche Zukunft: Ist Ihnen bewusst, dass es nicht darum geht „den Planeten“ zu retten, denn die Erde existiert auch ohne Menschen noch einige Milliarden Jahre. Im weitesten Sinne gibt es auch keinen Klima- und Umweltschutz, sondern nur den Schutz des Menschen vor sich selbst. Es geht darum, das Fortbestehen der Menschheit zu sichern. Wir brauchen großes Engagement, um das Überleben unserer Kinder und Enkel zu ermöglichen. Wir haben maximal 2 Legislaturperioden Zeit, um eine Kurskorrektur zu vollziehen und Klimaneutralität zu erreichen. Stimmen Sie diesen Aussagen zu?</p>	<p>Ja, es sollte allen bewusst sein, dass die Veränderung des Klimas und das vermehrte Aufkommen von Naturkatastrophen keine bloße Laune der Natur sind, sondern natürlich die Auswirkungen einer ausbeuterischen Politik, die nicht nachhaltig mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen umgegangen ist und umgeht. Das müssen wir ändern - im Großen und im Kleinen. Unser Ziel als SPÖ in Tirol ist es, den Ausbau der nachhaltigen Energieträger so schnell und so flächendeckend wie möglich auszubauen. Dafür setzen wir auf mehr kleine Wasserkraftwerke und flexiblere Möglichkeiten bei der Errichtung von Solaranlagen - zum Beispiel in Form von Energiegenossenschaften mit den Nachbarn. Um den Energiebedarf im Bereich Mobilität zu senken, wollen wir die öffentlichen Verkehrsmittel deutlich attraktiver machen. Aus unserer Sicht muss jede Tirolerin und jeder Tiroler innerhalb von 15 Gehminuten Zugang zum öffentlichen Verkehrsnetz mit regelmäßiger und verlässlicher Taktung haben.</p>	<p>Die Frage wurde positiv beantwortet und mit konkreten Maßnahmen ergänzt.</p>
<p>2. Pariser Klimaabkommen: Das Pariser Klimaabkommen ist auch für Tirol bindend. Planen Sie das Ziel die Erderhitzung auf +1.5 °C zu begrenzen, in die Tiroler Landesordnung aufzunehmen, oder als Alternative ein Klimaschutzgesetz auf Landesebene einzuführen?</p>	<p>Zielbestimmungen in der Tiroler Verfassung haben einen wichtigen Symbolcharakter. Viel wichtiger ist es aber, vermehrt und gezielt politische Maßnahmen zu setzen, die rasch greifen und eine tatsächliche Veränderung erzielen. Wir müssen mit der Tiroler Gesetzgebung einen Beitrag leisten, indem wir den Energieverbrauch reduzieren und die Energieerzeugung nachhaltiger gestalten. Dafür haben wir durchaus einige Stellschrauben vor Ort, sind aber in vielen Bereichen auch auf die Gesetzgebung in Wien oder Brüssel angewiesen.</p>	<p>Die Frage wurde nicht beantwortet. Es geht darum das Klimaziel von + 1,5 °C bindend zu verankern. Regelungen zu Energieverbrauch und nachhaltiger Energieerzeugung sind einzelne Maßnahmen. Zur Erreichung des Klimaziels sind aber noch viele weitere nötig. Der Verweis auf die österreichische oder EU-Gesetzgebung kann als Hintertür angesehen werden. Problematisch ist die Annahme, die Zielbestimmung in der Tiroler Verfassung habe lediglich Symbolcharakter. Die Bundesländer können auch ohne den Bund vielfältige Maßnahmen erreifen, wenn der Wille dazu besteht.</p>
<p>3. Klimacheck für alle neuen Gesetze und Förderungen: Werden Sie neue Gesetze, Verordnungen, Erlässe und Richtlinien, sowie vom Land Tirol bereitgestellte Fördermöglichkeiten auf Ihre Klimaauswirkungen hin untersuchen und nur solchen Förderungen, Gesetzen, Verordnungen, Erlässen und Richtlinien zustimmen bzw. solche beschließen, die positive Auswirkungen auf das Klima haben? Bestehende Gesetze und Förderungen, welche klimaschädigende Auswirkungen haben, müssen klimafreundlicher gestaltet werden. Die Ergebnisse des Klimachecks für Gesetze (Einführung Juli 2022) müssen rechtlich bindend sein. Stimmen Sie dem zu?</p>	<p>Aus unserer Sicht ist es mehr als überfällig, einen Klimacheck bei allen bestehenden und zukünftigen Tiroler Gesetzen einzuführen. Die Frage, wie klimaschädlich oder klimafreundlich Gesetze sind, muss in allen Bereichen mitgedacht und fundamental in den Gesetzgebungsprozess verankert werden. Es kann nicht sein, dass wir Maßnahmen für den Klimaschutz treffen und gleichzeitig in anderen Bereichen die positiven Effekte wieder nivellieren</p>	<p>Die Beantwortung der Frage ist grundsätzlich positiv zu sehen, jedoch fehlt das klare Bekenntnis, keine klimaschädlichen Gesetzestexte mehr zu beschließen. Auf den Aspekt der Förderungen wurde nicht eingegangen.</p>
<p>4. Beauftragter für die künftigen Generationen: Befürworten Sie die Idee, die Stelle eines „Beauftragten für die künftigen Generationen“ zu schaffen? Vorbild wäre Wales mit Sophie Howe in der Funktion eines "Future Generations Commissioner", eine Lobbyistin für die zukünftige Generationen. Alle Gesetzesvorlagen der walisischen Regierung werden von ihr dahingehend überprüft, ob sie die Interessen der Jüngeren auch genügend berücksichtigen. Siehe auch: „Meet the world's first 'minister for future generations“ https://www.theguardian.com/world/2019/mar/02/meet-the-worlds-first-future-generations-commissioner</p>	<p>Politik, die die Interessen der zukünftigen Generationen nicht im Blick hat, ist eine schlechte Politik. Aus unserer Sicht ist es fundamentale Aufgabe aller Abgeordneten auf allen politischen Ebenen nicht nur die Probleme der Zeit zu lösen, sondern auch und vor allem die Interessen künftiger Generationen zu berücksichtigen. Lange hat diese Komponente eine zu geringe Rolle in der Politik gespielt - das muss sich ändern. Die institutionelle Einführung einer „Lobbyistin für zukünftige Generationen“ halten wir allerdings für den falschen Weg. Jeder und jede Abgeordnete ist in der Pflicht. Die Grundlage für gute politische Entscheidungen in Tirol ist ein repräsentatives Landesparlament, das der Vielschichtigkeit und der Tiroler Bevölkerung entspricht und den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht wird.</p>	<p>Die Frage nach dem/der Beauftragten für die künftigen Generationen wurde beantwortet und abgelehnt. Die Verbindung der Frage mit Lobbyismus ist problematisch und vermutlich nicht positiv verknüpft. Gerade weil Parlamante insbesondere im Bezug auf junge Generationen nicht repräsentativ besetzt sind und Menschen unter 16 noch kein aktives Wahlrecht haben, wäre ein/e Beauftragte/r für künftige Generationen zielführend.</p>

Kommentar FFF Tirol - SPÖ Tirol - Klimawahlen.at

<p>5. Unterstützung der Klimaneutralität 2040: Der Klima-Fahrplan auf EU- und Bundesebene sieht Klimaneutralität bis 2040 vor. Bereits 2030 soll der Strom zu 100% aus erneuerbaren Quellen kommen. Decken sich diese Ziele mit Ihren zukünftigen Zielen in der Landespolitik?</p>	<p>Das Ziel 2030 zu 100% auf erneuerbare Energie umzusteigen, bleibt natürlich das Ziel und erstrebenswert. Allerdings sind wir von diesem Ziel aufgrund der schwarz-grünen Regierung der vergangenen Jahre weit entfernt. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir eine Kurskorrektur und deutlich mehr Konsequenz und Tempo bei den entsprechenden Maßnahmen. Eine echte Photovoltaik-Offensive ist zum Beispiel nach wie vor überfällig - sowohl im privaten Bereich als auch - vor allem - auf den Gebäuden im Landeseigentum. Aktuell stehen wir vor der Situation, dass nicht nur erneuerbare Energieträger zu wenig gefördert werden sondern gewisse Förderinstrumente sogar ein klimaschädliches Verhalten fördern. Hier muss man ganz genau hinschauen und die politischen Steuerungseffekte gezielt nutzen, um nur Entwicklungen zu unterstützen, die auch einen Beitrag für den Klimaschutz leisten bzw. ihm zumindest nicht entgegenstehen.</p>	<p>Die Frage wurde ausweichend beantwortet, denn ein klares Bekenntnis zur Klimaneutralität 2040 fehlt. Die SPÖ war von 2007 bis 2017 in der Regierung und stellte die Bundeskanzler. In dieser Zeit hat Deutschland das weltweit beachtete und sehr erfolgreiche Erneuerbare Energien Gesetz, kurz EEG, entwickelt und den Ausbau von erneuerbaren Energien damit massiv vorangetrieben. Das Abwälzen der Verantwortung auf die aktuelle Regierung ist der Versuch, die eigene Verantwortung zu delegieren.</p>
<p>6. Erstellung eines Klima- und Energiekonzepts: a) Sind Sie dafür, dass es auf Landesebene ein Klima- und Energiekonzept mit der Ausrichtung "Klimaneutralität bis 2040" und einem festgelegten Treibhausgas-Budget gibt und dessen Umsetzung jährlich öffentlich evaluiert wird? b) Soll dieser Klima-Fahrplan auch im Landtag beschlossen werden?</p>	<p>Wir sind für ein Klima- und Energiekonzept. Noch viel wichtiger ist allerdings eine Energieraumplanung in ganz Tirol, um zu evaluieren und zu wissen, welche erneuerbaren Energiequellen wo wie genützt werden können und wo das Potential im Ausbau und der Umstellung liegt. Auch einen sinnvollen Klima-Fahrplan würden wir begrüßen und unterstützen. Szenarien sind nett, aber politische und gesellschaftliche Wirkung entsteht letztlich durch Beschlüsse in den demokratischen Parlamenten.</p>	<p>Den Fragen wurden zugestimmt. Die Frage nach dem Beschluss im Landtag ist etwas ausweichend formuliert. Es stimmt, dass es dafür am Ende eine parlamentarische Mehrheit braucht, diese kann man aber aktiv versuchen zu entwickeln. Ein Bekenntnis dazu, dies zu tun, fehlt.</p>
<p>7. Reduktion Bodenverbrauch / Versiegelung: Die Raumordnung hat einen bedeutenden Einfluss auf das Verkehrsaufkommen. Der Sektor Verkehr ist in Tirol für einen großen Teil der CO₂-Emissionen verantwortlich. Gemäß Programm der österreichischen Bundesregierung soll der Bodenverbrauch möglichst gering gehalten werden und die jährliche Flächeninanspruchnahme bis 2030 auf ein 1/4 der jetzigen Bodenverbrauchsrate reduziert werden. Sind Sie für eine umfassende Reform der Tiroler Raumordnung sowohl auf Landes-, als auch auf Gemeindeebene zur Verhinderung weiterer Zersiedelung und Versiegelung der Tiroler Landschaften?</p>	<p>Pro Tag werden in Tirol rund 1,4 Hektar Boden versiegelt. Das entspricht einer Fläche von zwei Fußballfeldern. Diese Entwicklung ist nicht nur angesichts der eingeschränkten Wohn und Nutzflächen in unserem Land bedenklich. 95 Prozent unserer Lebensmittel kommen aus dem Boden. Genau diesen Boden brauchen wir, um die regionale Erzeugung zu stärken und langfristig regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Insofern fordern wir, dass Bodenversiegelungen möglichst vermieden werden, indem zum Beispiel bestehende Flächen verdichtet und effizienter genutzt werden. Wenn Versiegelung, dann nur überlegt und mit dem nötigen Weitblick für die Auswirkungen auf die kommenden Generationen.</p>	<p>Die Frage nach der Reform der Tiroler Raumordnung wurde nicht beantwortet. Die Formulierung "möglichst vermeiden" lässt alle Hintertüren offen und ist das Gegenteil von einer klaren und eindeutigen Position für eine umfassende Reform der Tiroler Raumordnung.</p>
<p>8. Biodiversität: Eine von der EU Kommission in ihrer Biodiversitätsstrategie geforderte Maßnahme ist es, 30% der Land- und Meeresflächen außer Nutzung und unter Naturschutz zu stellen. Setzen Sie sich dafür ein, in Tirol 30% der nutzbaren Landesflächen langfristig unter Naturschutz oder außer Nutzung zu stellen und versiegelte Flächen wo es möglich ist zu begrünen?</p>	<p>Rund 12 Prozent der Fläche des Landes Tirol werden heute als Dauersiedlungsfläche genutzt. Darunter fallen Bauflächen, Straßen, Parkplätze, Abbauflächen, Halden, Deponien, Schienenanlagen, Betriebsflächen, landwirtschaftliche Flächen, Gärten und Weingärten. Insofern haben wir - auch aufgrund der geografischen Gegebenheiten - einen hohen Anteil an nicht besiedelter Fläche. Gleichzeitig gehört die Nutzung der un bebauten Natur in Tirol zur Freizeit- und Lebensgestaltung dazu. Insofern ist die Frage, welche Naturräume in welcher Form zugänglich sein sollen oder nicht, sehr komplex. In diesem Sinne fordern wir in diesem Bereich die strukturelle Einbindung von Expert:innen, die laufend bestehende Schutzgebiete und den potentiellen Ausbau hinsichtlich der Biodiversität und der Erhaltung unseres Naturraumes prüfen, bewerten und für die politische Umsetzung vorbereiten.</p>	<p>Die Frage wurde nicht beantwortet. Die Aussage bleibt vage und es wird auf Expert:innen verwiesen. Welche diese Personen sein sollen, bleibt ebenfalls unklar.</p>

Kommentar FFF Tirol - SPÖ Tirol - Klimawahlen.at

<p>9. Mobilität: a) Soll im Land Tirol das Angebot bzw. die Infrastruktur für den nichtmotorisierten Verkehr und den öffentlichen Verkehr deutlich ausgebaut werden - mit entsprechender Umschichtung der finanziellen Mittel? b) Sind Sie bereit, zur Mobilitätswende auch dadurch beizutragen, dass das Land auf Maßnahmen verzichtet, die den Pkw-Verkehr weiter erhöhen würden?</p>	<p>Der öffentliche Verkehr muss weiter ausgebaut werden. Unsere klare Forderung ist, dass für alle Menschen in Tirol innerhalb von 15 Gehminuten eine Öffi-Anbindung mit regelmäßiger Taktung zur Verfügung stehen muss - 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche. Nur wenn uns das im städtischen, aber vor allem auch im ländlichen Bereich, gelingt, wird der Öffentliche Verkehr in Tirol zu einer echten Alternative zum Auto. Diese Alternativen müssen wir zur Verfügung stellen, damit alle Menschen gleichermaßen die Möglichkeit auf Mobilität haben. Dann, und nur dann, können wir entsprechende Steuerungsmaßnahmen gegen den weiteren Zuwachs des PKW-Verkehrs setzen. Was wir ausdrücklich nicht wollen, ist dass der PKW-Verkehr teurer gemacht wird, ohne dass Mobilitäts-Alternativen angeboten werden. Das nämlich, führt zu mehr sozialer und ökonomischer Ungleichheit und dazu, dass sich die sozialen Probleme in Tirol weiter verschärfen.</p>	<p>Die Fragen wurden ausweichend beantwortet. Es ist eine eindeutige Antwort mit klaren Rahmenbedingungen zum öffentlichen Verkehr zu finden. Auch eine strategische Ausrichtung, dass Autoverkehr erst verteuert werden kann, wenn entsprechende Öffis-Angebote installiert sind, ist schlüssig. Eine Antwort zum nichtmotorisierten Verkehr sowie der Verwendung finanzieller Mittel fehlt.</p>
<p>10. Agrarwende: Im Zuge der aus Klimaschutzgründen notwendigen Agrarwende wird der Bedarf an pflanzlichen Proteinquellen weltweit steigen. a) Sind Sie für die Stärkung einer nachhaltigen, biologischen und regionalen Landwirtschaft in Tirol, die auch einen Schwerpunkt setzt auf Unterstützung rein pflanzlicher Lebensmittelproduktion und Veredelung (zB: Leguminosenanbau, Glashäuser, Bäume, Tofuproduktion, Pflanzenfleisch, Pilzzucht...)? b) Werden Ihrer Meinung nach in den Landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten die klimatreibende Wirkung der Rinderhaltung und des Konsums von tierischen Nahrungsmitteln ausreichend thematisiert?</p>	<p>Wir wollen die nachhaltige, biologische und regionale Landwirtschaft stärken. Vor allem kleinstrukturierte Landwirtschaften leisten heute schon einen wichtigen Teil zur nachhaltigen Versorgung mit Lebensmittel und zum Erhalt unserer Kulturlandschaft. Und sie spielen eine wesentliche Rolle bei der Re-Kommunalisierung und der Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe in unserem Land, die wir als SPÖ seit Jahren fordern. Unser Ziel ist es, dass mehr regionale Produkte erzeugt und in der Region vertrieben werden können. Dafür wollen wir die politischen Grundlagen schaffen. Aus unserer Sicht ist es dafür entscheidend, das Thema regionale Erzeugung sowie der Tierhaltung inkl. aller Auswirkungen auf die Region und das Klima insgesamt fundamental in den Lehrplänen der Landwirtschaftsschulen zu verankern.</p>	<p>Die Frage zur Unterstützung einer rein pflanzlichen Lebensmittelproduktion und Veredelung wurde nicht beantwortet. Bei zweiten Frage wird anscheinend noch Handlungsbedarf gesehen.</p>
<p>11. Nachhaltigkeit in der Bildung: a) Sollen in allen wissenschaftlichen Disziplinen der Universität Innsbruck weitere Studienprogramme mit Nachhaltigkeitsschwerpunkt etabliert werden? b) Sollen Nachhaltigkeitsaspekte in Kindergärten und Schulen altersentsprechend thematisiert werden?</p>	<p>Mehr Potential sehen wir in der Etablierung von interdisziplinären Nachhaltigkeits-, Ressourcenmanagement und Innovationsclustern, die sich aktuellen und zukünftigen Herausforderungen auf regionaler und überregionaler Ebene wissenschaftlich stellen können. In diesen Clustern können Probleme durchleuchtet, Lösungen gefunden und neue Konzepte entwickelt werden. Wir müssen uns wissenschaftlich mehr um das Thema Nachhaltigkeit kümmern - das geht aus unserer Sicht in neuen Strukturen besser. Ja. Natürlich ist die Bildung essentiell im Kampf gegen den Klimawandel, dass möglichst viele Menschen für das Thema sensibilisiert und entsprechend informiert werden. Insofern ist es aus unserer Sicht notwendig, nicht nur die Themen Nachhaltigkeit, Energieerzeugung und Ressourcen, sondern auch die Sensibilisierung für die ökologischen Auswirkungen von Handlungen fundamental in der Bildung zu verankern.</p>	<p>Grundsätzlich wurde zugestimmt, das Thema Nachhaltigkeit in der Bildung zu verankern - zudem wurde auf die Wichtigkeit hingewiesen. Auf die konkreten Fragen zur Etablierung weiterer Studienprogramme an der Universität Innsbruck und die Sensibilisierung in Schulen und Kindergärten wurde nicht eingegangen.</p>
<p>12. Bedrohung der grundrechtlichen Freiheit durch zu wenig Klimaschutz: Weniger ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen werden dazu führen, dass die nachfolgenden Generationen zu massiven Emissionsminderungen gezwungen werden, die fast alle Freiheiten massiv einschränken werden. Unsere Kinder und Enkel müssen sich dann nicht nur ein wenig einschränken, sondern sie werden sogar in ihrer grundrechtlichen Freiheit bedroht. Stimmen Sie dieser Aussage zu?</p>	<p>Wir stimmen der Aussage zu. Ohne entschlossenes Handeln gegen die Klimakrise, ist die Zukunft kommender Generationen auf unserem Planeten ungewiss. Bereits jetzt zerstört der Klimawandel die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen. Unwetter, Hochwasser, Dürre und andere extreme Wetterlagen sind heute schon Realität. Was heute notwendig ist, ist ein grundlegendes Umdenken zum Schutz unseres Klimas, unserer Natur und unserer Umwelt. Wir müssen den Umbau zu einer weitgehend CO2-freien, energie- und ressourcensparenden Gesellschaft schaffen. Das ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit. Der Kurswechsel in Richtung einer sozialen und ökologischen Wende muss jetzt beginnen.</p>	<p>Die Frage wurde konkret und realistisch beantwortet. Es wurde zudem nochmals darauf hingewiesen, wie dringend notwendig es ist, Schritte gegen die Klimakatastrophe zu setzen.</p>